Stadt
Luzern
Grosser Stadtrat

Postulat
Nr. 226 2004/2009

Eingang Stadtkanzlei: 22. Januar 2007

Die Polizei – kein Freund und Helfer!

Die Stadtpolizei ist geradezu berühmt dafür, dass sie Telefone von Bürgern nicht ernst nimmt. Das war schon unter den Vorgängern von Sicherheitsdirektorin Ursula Stämmer so und ist bis heute nicht besser geworden. 1992, beim Brand der Kapellbrücke, ging es eine halbe Stunde vom Telefonat einer direkt an der Reuss wohnenden Mitbürgerin, bis Polizei und Feuerwehr vor Ort waren. Man hielt diesen Telefonanruf für einen verspäteten Aprilscherz.

Und heute, 2007? Am Morgen des 4. Januar um 07.15 Uhr fuhr ein Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung an den Bahnübergang Steghof. Er stellte fest, dass die Rotlichter blinkten und eine der vier Bahnschranken geschlossen war, die anderen drei aber noch offen! Zu dieser Zeit waren zahlreiche Schulkinder unterwegs. Vom Bahnhof näherte sich die Zentralbahn. Er informierte über die Nummer 117 die Stapo. Antwort des Beamten: „Geht die Barriere nun nicht auf oder geht sie nicht mehr zu? Wir haben bereits eine Meldung erhalten, dass die Barriere nicht mehr aufgeht. Wir haben das SBB-Stellwerk im Bahnhof orientiert." Das war alles. Der Zeuge hat den Polizisten dann aufgefordert, unverzüglich den Verkehr zu sichern (Lebensgefahr!). Die Antwort: „Wir wollen mal sehen, was wir tun können." Der Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung hat darauf den Telefonanruf abgebrochen.

Für die SVP der Stadt Luzern ist dieses Verhalten unverantwortlich und nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Es zeigt aber auch auf, dass man in der Einsatzzentrale der Stadtpolizei überhaupt nicht die Fähigkeiten besitzt, rasch Entscheidungen zu treffen und die Einsatzkräfte nach effektiven Prioritäten einzusetzen: Eine Barriere ist defekt? Nicht unser Bier. Beim Austeilen von Strafzetteln ist die Polizei wesentlich schneller und konsequenter. Droht Kindern Lebensgefahr durch eine defekte Barriere, nimmt man dies schon gar nicht ernst.

1. Die SVP fordert den Stadtrat auf darzulegen, ob es tatsächlich offenbar nicht Aufgabe der Stadtpolizei ist, drohende Unfälle zu vermeiden.

2. Wenn dies der Fall ist, fordert die SVP den Stadtrat auf, das Handlungsdispositiv dahingehend zu ändern, dass bei solchen Vorkommnissen generell gehandelt und eine Streife vor Ort geschickt wird – personelle Ressourcen sind vorhanden, wenn die Polizeibeamten künftig nicht weiter als Steuereintreiber missbraucht werden.

Stadt Luzern
Sekretariat Grosser Stadtrat
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 82 13
Fax: 041 208 88 77
E-Mail: SK.GRSTR@StadtLuzern.ch
www.StadtLuzern.ch

3. Die SVP fordert den Stadtrat weiter auf, die Polizisten in der Einsatzzentrale entsprechend zu schulen, so dass besorgte Bürger wieder ernst genommen werden.

Yves Holenweger
namens der SVP-Fraktion